Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 169
2. November

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse: Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT

Die Probleme der deutschen Revolution. Von Sinowjew 1435

Deutschland
Die Lage in Deutschland. Von Höllein 1437
Die bewaffneten Kämpfe in Hamburg. Von H. . . . 1437

Politik.
Das Ergebnis der Wahlen in Oesterreich. Von Grün 1439

Wirtschaft.
Die Lage der Weltwirtschaft. Von Varga 1439

Arbeiterbewegung.
Aus der rumänischen Gewerkschaftsbewegung (RGL.) . 1441

Arbeiterhilfe.
Das russische Proletariat für seine bedrängten japanischen Brüder 1441

Weißer Schrecken.
Die Verfolgungen in Bulgarien dauern an 1442

Die Probleme der deutschen Revolution.

Die außenpolitischen Schwierigkeiten der deutschen Revolution.

Von G. Sinowjew.

** Alle aus den inneren Kräfteverhältnissen entstehenden Schwierigkeiten der deutschen proletarischen Revolution treten zurück den auswärtigen Schwierigkeiten gegenüber, die unmittelbar nach dem Sieg der proletarischen Macht in Deutschland entstehen werden. Die Gefahr eines sofortigen Krieges von seiten der französischen, tschechischen und polnischen Bourgeoisie, die Möglichkeit einer englischen Blockade — das sind die wichtigsten internationalen politischen Schwierigkeiten der deutschen Revolution.

Die proletarische Revolution in Deutschland gewinnt von ihren allerersten Schritten an eine noch größere internationale Bedeutung als selbst die russische Revolution. Deutschland ist ein entwickelteres Industrieland als Rußland. Deutschland befindet sich mitten im Zentrum Europas. Deutschland ist sozusagen der Zentralnerv Europas. Das Schicksal des heutigen Deutschlands ist eng mit dem Schicksal Frankreichs verbunden. Die proletarische Umwälzung in Berlin ruft fast mechanisch die eine oder die andere Einmischung von Paris, diesem Hauptzentrum der heutigen internationalen Reaktion hervor. Deutschland hat ein machtvolles Proletariat, das, wenn es seine Glieder reckt, das Gleichgewicht eines jeden Landes stört, das sich zu einem Losschlagen gegen das revolutionäre Deutschland entschließen sollte. Die gewaltige Kraft des deutschen Proletariats kann zur Sicherung des Friedens in ganz Europa beitragen. Die deutschen Generale wollen einen Revanchekrieg, die deutschen Arbeiter wollen den Frieden. Die außenpolitischen Schwierigkeiten — das ist die Achillesferse der deutschen Revolution.

Die Vorteile, die Sowjetrußland in dieser Hinsicht hatte, als es 1917 in die Weltarena trat, bestanden in folgendem: Vor allem führten „jene" immer weiter Krieg. Der internationale Imperialismus war in zwei Lager gespalten, die einen Kampf auf Leben und Tod führten. Es fiel dem internationalen Imperialismus schwer, sich sofort gegen Sowjetrußland zu vereinigen. Das Ringen der imperialistischen Räuber beider Lager gab der soeben entstandenen Sowjetrepublik die Möglichkeit, leichter zu atmen.

Zweitens wurde Sowjetrußland durch die ungeheure Größe seines Gebietes gerettet. Wir konnten, um Zeit zu gewinnen, auf großem Raum nachgeben. Sowjetrußland beschwerte sich über „bürgerliche Einkreisung" und tatsächlich hat diese „Einkreisung" dem proletarischen Staat nicht wenig Schaden zugefügt: Intervention, Blockade usw. Innerhin aber war diese „Einkreisung" bei weitem nicht so unmittelbar und folglich auch nicht so gefährlich, wie sie es für die deutsche Revolution werden kann.

Dafür verfügte aber die russische Revolution nicht über das, worüber die deutsche Revolution verfügen wird. Vor allem war die russische Revolution die erste Revolution, während die deutsche proletarische Revolution schon die Erfahrungen — und nicht allein die Erfahrungen — des Bundes der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Sowjetrußland) ausnutzen kann, der als Arbeiterstaat schon seit 6 Jahren besteht; die proletarische Revolution in Rußland setzte hingegen 1917 ein, als es in anderen Ländern Kommunistische Parteien überhaupt nicht gab oder wo sie erst kleine, schwache Gruppen bildeten. Die deutsche Revolution beginnt in einem Augenblick, wo die Kommunistische Internationale in der ganzen Welt sich entfaltet hat und wo die Kommunisten in den entscheidenden Ländern Europas zu einer großen Macht geworden sind. An „organisatorischer Erfahrung" hat sowohl die eine wie die andere Partei — sowohl die internationale Bourgeoisie wie das internationale Proletariat — gewonnen. Der Kampf wird daher um so erbitterter sein.

In den Jahren 1923/24 gibt es in der Weltarena keine zwei scharf umgrenzten, gegeneinander kämpfenden imperialistischen Gruppen: den Imperialismus der Entente und der gegnerischen Gruppierung, wie es 1914/1917 der Fall war. Dafür nimmt aber der gegenseitige Kampf innerhalb der Entente einen immer langwierigeren und permanenteren Charakter an. Wohl gibt es keinen offenen Krieg der Imperialisten gegeneinander, aber die tiefgehende Feindschaft wächst mit jedem Monat. Es genügt, auf das Wettrüsten des imperialistischen Englands und des imperialistischen Frankreichs hinzuweisen. Die internationale Bourgeoisie ist durch Gegensätze und durch ständigen Wettkampf zerfressen.

Versuche des internationalen Imperialismus eine Einheitsfront gegen die deutsche proletarische Revolution zu schaffen, werden zweifellos erfolgen. Der Grad ihres Erfolges bleibt aber trotzdem in Frage gestellt. Die Geschichte des Kampfes der internationalen Bourgeoisie gegen die russische Revolution im Laufe von 6 Jahren hat gezeigt, daß die Schaffung einer solchen Einheitsfront für die Bourgeoisie keine so leichte Sache ist. Im Lager der imperialistischen Bourgeoisie werden zweifellos zwei politische Systeme in bezug auf die deutsche Revolution kämpfen. Das eine kann annexionistisch und imperialistisch, das andere sozial und klassenmäßig im weitesten Sinne des Wortes genannt werden.

Die beschränkten imperialistischen Interessen einzelner Cliquen der internationalen Bourgeoisie werden einflußreiche Kreise dieser Bourgeoisie dazu anspornen, sich einfach an der deutschen Revolution zu bereichern, das eine oder andere Gebiet zu annektieren (Ruhrgebiet, Ostpreußen usw.). Einzelne einflußreiche Cliquen der internationalen Bourgeoisie werden ihre Pläne darauf bauen, daß ja eine kommunistische Regierung Deutschland am besten zerrütten, somit den Konkurrenten schwächen und die Annexion eines bestimmten Teiles des deutschen Gebietes ermöglichen werde usw. Eine Auffassung wie diese kann „sie" daran hindern, eine kompakte, völlig einheitliche Front der internationalen Bourgeoisie gegen die deutsche Revolution zu schaffen, — wie das in der Periode 1917 bis 1923 in bezug auf die russische Revolution wiederholt der Fall war. Hat doch Wilhem II., als seine Truppen in Pskow standen, gerade so annexionistisch-imperialistische Politik getrieben und die sozialen und klassenmäßigen Kriterien in den Hintergrund geschoben.

Allerdings befand sich Wilhelm II. damals in einem Todesringen mit dem Entente-Imperialismus. Das darf nicht vergessen werden.

Selbstverständlich muß das deutsche revolutionäre Proletariat unter allen Umständen seine Taktik auf die Möglichkeit des schwierigen Ausganges einstellen, d. h. es muß darauf vorbereitet sein, daß der internationale Imperialismus die deutsche Revolution nicht als eine vereinzelte Episode, sondern durchaus als das für das Schicksal des gesamten bürgerlichen Europa entscheidende Ereignis einschätzen wird. Aus einer solchen Einschätzung kann der internationale Imperialismus sofort seine praktischen Folgerungen ziehen.

Frankreich, England, Polen, die Tschechoslowakei — das sind die wichtigsten Länder, die unverzüglich in den Gang der Revolution in Deutschland eingreifen könnten.

In diesem Sinne wird das Schicksal der deutschen proletarischen Revolution nicht nur in Deutschland, sondern auch in England, Frankreich, in Polen und in der Tschechoslowakei entschieden.

England. In der englischen imperialistischen Presse tauchte bereits der Vorschlag auf, die Ostseehäfen durch die englische Flotte zu besetzen, um die „englischen Interessen" für den Fall einer deutschen Revolution zu sichern. Der Flügel der englischen Bourgeoisie, der eine mehr oder minder neutrale Stellung in der Frage der deutschen Revolution vorschlagen wird, wird vermutlich ziemlich einflußreich sein. Aber selbst, wenn England sich entschließen sollte, gegenüber dem proletarischen Deutschland die Blockade in Anwendung zu bringen, würde diese Blockade von keiner entscheidenden Bedeutung sein. Eine große Kontinentalarmee gegen die deutsche Revolution ins Feld zu schicken, ist aber das heutige England nicht fähig.

Frankreich. In militärischer Beziehung stellt das imperialistische Frankreich zweifellos eine sehr große Macht dar. Frankreich besitzt ein riesiges Uebergewicht auf dem Gebiete der Luftflotte, der Technik und der Bewaffnung im allgemeinen. Sollte es aber Frankreich einfallen, in großem Maßstabe eine Okkupation des revolutionären Deutschlands durchzuführen, so würde es hierzu hunderttausende Soldaten (wahrscheinlich nicht weniger als eine Million) brauchen. Diese Armee würde schließlich von dem gleichen Schicksal ereilt werden, das die Armee Wilhelm II. bei der Okkupation der revolutionären Ukraine erreicht hat. Die Stimmung der Truppen würde in einem solchen Krieg zweifellos der entscheidende Faktor sein. Das moralische Uebergewicht wäre in einem solchen Kriege ganz und gar auf seiten des proletarischen Deutschlands und seiner Verbündeten. Die deutsche Revolution ausschließlich mit Hilfe von schwarzen Truppen zu besiegen, wie das einige Führer der französischen Bourgeoisie tun möchten, ist ein ganz aussichtsloses Unternehmen. Schwarze Arbeiter, von denen einige Tausend bei den schwersten städtischen Arbeiten in Paris beschäftigt sind, beteiligen sich schon an den wirtschaftlichen Streiks, Seite an Seite mit den kommunistischen Arbeitern.

Man kann ruhig behaupten, daß, wenn das imperialistische Frankreich dem revolutionären Deutschland unverzüglich offen den Krieg erklärt, die deutsche proletarische Revolution imstande sein wird, dem imperialistischen Frankreich gegenüber einen äußerst starken Widerstand zu entfalten. Der revolutionierende Einfluß der deutschen Ereignisse wird in diesem Falle besonders in Frankreich stark sein.

Polen. Gewisse Schichten der polnischen Bourgeoisie können sich als die gefährlichsten und gehässigsten Feinde der deutschen Revolution erweisen. Selbst wenn es die französischen Imperialisten nicht riskieren sollten, ihre eigenen Truppen gegen die deutsche Revolution zu senden, werden sie sich nicht genieren, das bürgerliche Polen in den Kampf zu schicken. Es ist leichter, das Schicksal eines Vasallen aufs Spiel zu setzen als das eigene. Würde der Teil der polnischen Bourgeoisie, der am meisten zu Abenteuern neigt, sich entschließen, die Rolle des Henkers der deutschen Revolution zu übernehmen, so würde er dadurch sein eigenes Todesurteil unterzeichnen. Das schwere Erbe der nationalistischen Stimmung, die noch auf bedeutenden Schichten des polnischen Proletariats lastet, wird gerade durch die proletarische Revolution in Deutschland am schnellsten überwunden werden. Je zweideutiger die Haltung der Führer der PPS. zur deutschen Revolution sein wird, je geneigter diese Führer sein werden, die vom französischen Militarismus diktierten Abenteuer der polnischen Bourgeoisie zu unterstützen, um so schneller wird sich das polnische Proletariat vom Nationalismus der PPS. befreien. Die herrschenden Schichten der polnischen Bourgeoisie unterdrücken die Ukrainer, die Litauer, die Deutschen und die Juden. Sobald die polnische Bourgeoisie auch nur einen Finger rühren wird, um einen Eroberungskrieg gegen die deutsche Revolution (wie auch gegen Sowjetrußland) zu beginnen, wird sie sich schnellstens überzeugen, daß sie auf einem Vulkan saß und um so größere Schwierigkeiten wird ihr die nationale Frage innerhalb Polens machen.

Tschechoslowakei. Die Tschechoslowakei könnte ihrer geographischen Lage nach eine große Rolle bei der Unterdrückung der proletarischen Revolution in Deutschland spielen. Die Grenztruppen der tschechoslowakischen Bourgeoisie können in einigen Stunden in Dresden sein. Aber auch in der Tschechoslowakei erschweren die Nationalitätenverhältnisse eine einheitliche Aktion für den konterrevolutionären Kampf der Bourgeoisie. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sich selbst unter der Bourgeoisie Leute finden, die begreifen werden, daß ein weißes Deutschland eine ernste Gefahr für den tschechoslowakischen Staat bedeutet und daß Sowjet-Deutschland die staatliche Existenz der Tschechoslowakei jedenfalls nicht bedrohen wird. Das starke tschechoslowakische Proletariat, an dessen Spitze die Kommunistische Partei steht, wird es verstehen, seine historische Mission zu erfüllen.

Eine siegreiche proletarische Revolution in Deutschland wird wahrscheinlich in Oesterreich eine große Bewegung für den Anschluß an Deutschland hervorrufen. Die österreichischen Arbeiter könnten im Kampf gegen die bayerischen Faschisten, die, wie jetzt vollkommen klar ist, die deutsche Vendée bilden werden, eine nicht geringe Rolle spielen. Das reaktionäre Ungarn ist schon in ein solches Stadium der inneren Krise geraten, daß es als aktive Kraft zur Unterdrückung der deutschen Revolution oder zum Kriege gegen die Verbündeten Sowjet-Deutschlands nicht in Frage kommt. Die siegreiche deutsche Revolution wird eine beispiellose Begeisterung hervorrufen und riesige Kräfte im französischen, polnischen und tschechischen Proletariat erwecken.

Die Kommunistischen Parteien in Frankreich, in der Tschechoslowakei und in Polen werden vor Riesenaufgaben stehen. Sie werden ihr möglichstes tun müssen, um eine unmittelbare und offene revolutionäre Unterstützung der proletarischen Regierung Deutschlands durch das Proletariat ihrer Länder zu organisieren. Die deutsche proletarische Regierung wird es nach der Umwälzung nicht ablehnen, sich unter gewissen Bedingungen von den Entente-Imperialisten loszukaufen. Sie wird vielleicht an die französische Regierung im Sinne des Versailler Vertrages Zahlungen leisten, wenn es um diesen Preis möglich sein wird, den Aufschub des Krieges, die Entfernung der Truppen aus dem Ruhrgebiet usw. zu erkaufen.

Vielleicht wird auch die deutsche Revolution ihr Brest-Litowsk durchzumachen haben. Eine Brester Perspektive ist nicht ausgeschlossen. Wenigstens lehnt die KPD. — die Hauptkraft der herannahenden deutschen Revolution — eine solche Perspektive nicht rundweg ab. Wir können uns den Gang der deutschen proletarischen Revolution auch unter Brester Perspektiven vorstellen. Das bedeutet keinesfalls ein Sinkenlassen des Mutes, ein Beschneiden der Flügel der deutschen Revolution. Die Anziehungskraft der herannahenden großen proletarischen Revolution in Deutschland wird dadurch nicht im geringsten geschwächt. Nur treten wir in die deutsche Revolution nicht so unschuldig, politisch nicht so unerfahren ein, wie wir in die Oktoberrevolution 1917 in Rußland eingetreten sind. Wir kennen die Kraft der internationalen Bourgeoisie allzu gut. Wir vergessen keinen Augenblick lang, daß für die deutsche Revolution diese Kraft noch gefährlicher und drohender ist als für die russische Revolution. Wir lassen nicht außer acht, daß die in die Revolution eintretenden Millionenmassen des Volkes **nicht Krieg** sondern **Frieden** wollen, und sei er auch um hohen Preis erkauft.

Sollte es aber die internationale Bourgeoisie trotz allem mit einem sofortigen offenen Krieg gegen die deutsche proletarische Revolution versuchen, so könnte der fremdländische Imperialismus anfänglich Erfolge erreichen, seine endgültige und baldige Niederlage ist aber unvermeidlich. Das 60 Millionen starke deutsche Volk wird unter Leitung einer proletarischen Regierung imstande sein, die fremdländischen Eroberer zurückzuschlagen und die deutsche proletarische Revolution wird trotz aller Hindernisse siegen.

Deutschland

Die Lage in Deutschland.

Von Emil Höllein.

Berlin, 2. November 1923.

** Nach der Einsetzung einer sozialdemokratischen Regierung in Sachsen, aus der nicht nur die Kommunisten, sondern auch die „kompromittierten" Sozialdemokraten Zeigner und Graupe ausgeschifft wurden, hat man wieder einmal eine „Entspannung" konstatiert. Da der unmittelbare Anlaß des Aufbrausens der Sozialdemokratie, die mit der Sprengung der Großen Koalition drohte, auf diese Weise behoben war, durfte man auch im Reiche eine „Entspannung" erwarten. Die Bedingungen der Sozialdemokratie, nicht für ihren Austritt, sondern bezeichnenderweise für ihr weiteres Verbleiben in der Großen Koalition, waren so abgefaßt, daß sie geradezu ein farbloses Beschwichtigungsversprechen Stresemanns herausforderten, wodurch natürlich alles beim alten geblieben wäre. Indessen malt der heutige „Vorwärts" wieder einmal den „Bruch" an die Wand.

Wird nun die „Entspannung" diesmal ausbleiben? Wird es erneut zu einer Krise in der Großen Koalition kommen? Wenn ja, dann liegt es wahrlich nicht an der Sozialdemokratie. Den Vorstoß der Sozialdemokraten hat die Deutsche Volkspartei ihrerseits mit einem forschen Gegenstoß beantwortet. In Sachsen rebelliert sie offen gegen die rechtssozialdemokratische Regierung. Es genügt ihr nicht, daß General Müller nach wie vor sein unumschränktes Zepter führt. Sie will auch ihre eigenen Leute in die Regierung entsenden, um mit ihrer Hilfe die dort sitzenden Sozialdemokraten bei passender Gelegenheit um so leichter entfernen zu können. In Preußen geht die Deutsche Volkspartei noch weiter. Hier will sie die seit 2 Jahren bestehende Große Koalition mit den Sozialdemokraten sprengen. Severing, der immerhin noch einigen Einfluß auf die Schutzpolizei hatte, soll ausgeschifft werden. Ihm soll wahrscheinlich in kurzem Abstand der Berliner Polizeipräsident Richter folgen. Eine reinbürgerliche Regierung, ja noch richtiger, eine Regierung der Deutschen Volkspartei mit den Deutschnationalen, würde am besten zu dem Ausnahmezustand und zur bestehenden Militärdiktatur passen. Sie würde den Uebergang zur offenen faschistischen Diktatur am schmerzlosesten vermitteln.

Werden sich die Dinge jedoch jetzt schon so weit entwickeln? Das ist noch fraglich. Die Regierungsvertreter der Bourgeoisie arbeiten gewiß auf diesen Zustand offen hin. Die aktivsten Teile der Reaktion mit Bayern an der Spitze machen kein Hehl mehr aus ihrem Aufmarsch gegen . . . ., ja wogegen? **Territorial** augenblicklich gegen Norddeutschland. **Machtpolitisch** gegen das deutsche Proletariat in Nord und Süd. Sind sie aber schon fertig zum Losschlagen? Ist die Gelegenheit dazu günstig? Wie die Dinge heute liegen, hängt alles von diesen Voraussetzungen ab. Es ist aber möglich, daß gerade der neue Marksturz, der neue ungeheure soziale Erschütterungen auslösen muß, auf den Willen von Stresemann-Stinnes zum frisch-fröhlichen Vorgehen dämpfend einwirken wird. Bei einer solchen Lage ist es gut, wenn die Sozialdemokraten weiter in der Regierung für die Beschwichtigung der rebellierenden Massen arbeiten und nicht durch eine Oppositionsstellung zur Regierung in der Erfüllung ihrer historischen Aufgabe, die Arbeiterklasse vom Kampfe abzuhalten, behindert werden. Wie dem auch sei, die Dinge gehen ihren ehernen Gang. Die soziale und politische Lage verschärft sich von Stunde zu Stunde immer mehr. In Sachsen vollzieht sich ein rascher Prozeß der Loslösung der sozialistischen Massen nicht nur von ihren rechten, sondern auch von einem Teil ihrer bisherigen linken Führer, die sie bitter enttäuscht haben. In Hamburg nimmt diese Loslösung eine sonderbare Form an. Die mit allen Salben geschmierten Gewerkschaftsführer wissen sich nicht mehr anders zu helfen, als daß sie unter der Formel der absoluten Neutralität gegenüber allen politischen Parteien den Bruch mit der Sozialdemokratie öffentlich verkünden. Jene Macht, die im Kampfe zwischen Proletariat und faschistischer Diktatur den verhängnisvollsten Einfluß ausübt, die Sozialdemokratie als organisierte Saboteurin des Kampfes der Massen gegen ihre Erwürger, verliert immer mehr den Boden unter den Füßen.

Diese Woche hatte mit einer ungeheuren Spannung eingesetzt. Es schien, als ob die in Regierungsstellen sitzenden Schrittmacher des Faschismus aufs Ganze gehen wollten. Es setzte jedoch wieder eine „Entspannung" ein. Aber mit diesen Entspannungen der politischen Lage in Deutschland verhält es sich ungefähr genau so wie mit den zeitweiligen Markbesserungen. Als der Dollar auf 1 200 stand, „besserte" sich die Mark für ein paar Tage auf 1000. Als der Dollar auf 120 000 stand, ging die Mark auf 100 000 zurück. Und nach allen „Besserungen" stieg der Dollar auf 1 Million, auf 100 Millionen, auf 1 Milliarde, auf 100 Milliarden und so weiter. Immer aber konnten die Börsenberichte von Zeit zu Zeit sogenannte Rückschläge auf dem Devisenmarkte melden. Und das Endergebnis aller dieser Markbesserungen ist heute ein Dollarstand von 500 Milliarden an der New-Yorker Börse. Auch in der politischen Lage entstehen immer wieder ähnliche „Entspannungen". Das Endergebnis der politischen Entwicklung zeichnet sich von Tag zu Tag immer klarer ab: der offene Zusammenprall der faschistischen Reaktion und der arbeitenden Massen in Stadt und Land.

Die bewaffneten Kämpfe in Hamburg

Feststellungen einer amerikanischen Journalistin.

Von E. H.

** Am 23. Oktober brach in Hamburg ein bewaffneter Aufstand aus. Eine relativ kleine Anzahl von aufständischen Arbeitern besetzte in der Nacht die Polizeiwachen der Außenbezirke und entwaffnete die dort stationierten Polizeikräfte. Daran schlossen sich mehrere Tage lang Straßenkämpfe, bei denen von seiten der Regierung neben Polizei- auch Reichswehr- und Marinetruppen eingesetzt wurden. Dieser Uebermacht mußten die Aufständischen, die von den Massen der Arbeiterbevölkerung isoliert blieben, schließlich weichen. Hierauf setzte eine wilde Kommunistenjagd ein. Die Polizei verhaftete, was ihr irgendwie kommunistenverdächtig erschien und ihr gerade in die Hände fiel. Sofort setzte der sozialdemokratische Justizminister Dr. Radbruch ein Sondergericht ein, das schon am ersten Tage ein aufreizendes Todesurteil fällte.

Die Hamburger Vorgänge dienen sowohl der Bourgeoisie wie der völlig in ihrem Kielwasser schwimmenden Sozialdemokratie als Vorwand zu einer beispiellosen Kommunistenhetze. Dabei muß jedoch, um der Wahrheit die Ehre zu geben, besonders unterstrichen werden, daß in der Entfesselung der Pogromhetze gegen die Kommunisten, wie immer, der Sozialdemokratie und ihrem Zentralorgan, dem „Vorwärts" die Palme gebührt. Keine Lüge ist den notorischen Arbeiterverrätern zu gemein, kein Mittel zu infam, um die Arbeiter zu verwirren und zu zersplittern und sie zur Feigheit und sklavischen Unterwerfung unter das Machtgebot des Kapitals und seiner Regierungsagenten anzuhalten. Doch die Methoden, die noch 1921 in Mitteldeutschland einen gewissen Erfolg zeitigten, versagen heute bei den Massen kläglich. Nicht Haß gegen die Hamburger Kommunisten beseelt die breiten Arbeitermassen und Mittelschichten, sondern offene Sympathie, tiefes Bedauern über das Fehlschlagen des Kampfes und unbändige trotzige Wut gegen die sozialdemokratischen Politikanten, die durch die offene Sabotage, durch ihre Kommunistenhetze und durch ihr offenes Hinüberlaufen in die Klassenfront des Kapitals die Arbeiterfront zerschlagen und so den Sieg der Arbeiter vereitelt haben.

Und das ist durchaus keine Schönfärberei oder Uebertreibung, sondern objektive Wahrheit. Wir sind in der Lage, zur Bekräftigung dieser unserer Behauptung Auszüge aus einem Bericht anzuführen, den die angesehene amerikanische Journalistin **Anna Louise Strong** auf Grund eigener persönlicher Feststellungen an Ort und Stelle für die amerikanische Zeitung „The New Republic" verfaßt hat. Wir lassen einige der wichtigsten Stellen dieses Berichtes im Wortlaut folgen.

Auf die Frage, warum das Hamburger Gewerkschaftshaus von so starken Polizeikräften umstellt und ob diese einen Anschlag befürchteten, erhielt die Korrespondentin von der Frau des dortigen Oekonomen die Antwort:

„Sie bewachen uns" — „Gegen den Aufstand der Arbeiter?" „— Ja, denn man weiß nie, was dieser Mob vorhat . . . Einige sozialdemokratische und gewerkschaftliche Senatoren glauben, daß wir eine Bewachung brauchen."

Im Gastzimmer saßen eine Reihe Partei- und Gewerkschaftsangestellte fröhlich beim Glase Bier und berichteten auf Befragen mit sichtlicher Genugtuung:

„Jetzt ist alles wieder gesäubert. Die kommunistischen Verbrecher sind entweder erschossen oder gefangen gesetzt worden, allerdings bis auf die Führer. Die scheinen wieder entkommen zu sein . . . die Feiglinge! Das machen diese Kommunisten immer so. Doch diesmal sind sie gründlich niedergeschlagen. Es wird deshalb keinen weiteren Unsinn mehr geben."

„Auf meine Frage, welche Hoffnung die Leute auf bessere Zeiten und Ernährungsverhältnisse hätten, wurde mir erwidert, man hoffe auf die Rentenmark, die stabilere Währungsverhältnisse bringen würde, auf Amerika, das „zur Verhinderung des Bolschewismus" Deutschland Weizen auf Kredit für zwei Jahre liefern wird. Ferner müsse der Versailler Vertrag beseitigt werden. . . Es sind das genau dieselben Hoffnungen, denen man schon seit Jahren vergeblich nachjagt . . ."

Ein Hafenarbeiter, mit dem die Korrespondentin am anderen Morgen beim Frühstück sprach, sagte:

„Vorbei — verflucht nein, nicht eher, bis wir satt zu essen bekommen." — „Dann haben also die Arbeiter nicht den Mut verloren?" — „Wir dürfen den Mut nicht verlieren. Wenn wir es tun, werden wir niedergeschlagen und unter die Stufe afrikanischer Negersklaven herabgedrückt . . . Wenn die elenden Bürokraten uns nicht in den Rücken gefallen wären . . . Die Sache ging zu früh los und es machten noch zu wenig mit . . . Wenn es aufs neue losgeht, so haben wir inzwischen manches gelernt."

Am Zeitungsaushang des „Hamburger Echo" hörte die Korrespondentin folgende Unterhaltung:

„Werden sie das Todesurteil zu vollstrecken wagen? . . . Es sind vierhundert verhaftet, die können sie nicht alle erschießen . . . Denn sonst geht's erst richtig los . . . Das Sondergericht geht straff ins Zeug: Ein Jahr Gefängnis für das Aufheben eines Stückchen Brots!"

Ein Berichterstatter des „Echo" erzählte: „Die ersten Fälle vor dem Sondergericht betrafen Lebensmittelplünderungen. Ein 19jähriger Bursche, arbeitslos und verhungert, wurde bei einem Lebensmittelkrawall verhaftet, weil er einen halben Laib Brot bei sich trug, den er auf der Straße aufgehoben haben wollte. Er erhielt ein Jahr Gefängnis . . . Ein Barbier, der seine Wirtstochter am Morgen zum Broteinkauf geschickt hatte, aber keines erhielt, weil die Bäckerläden entweder ausverkauft oder wegen der Angst vor Plünderungen geschlossen waren, kam mittags, als er zum Essen ging, über einen Platz und hob ein auf dem Bürgersteig liegendes Brot auf, daß Plünderer dahin geworfen hatten. Auch er erhielt ein Jahr Gefängnis. Sein Fall, so sagte das Sondergericht, liege noch viel schlimmer, denn, wenn sein Vorgehen auch nicht vorbedacht war, so sei er doch nicht durch die bittere Not dazu getrieben worden, denn er stehe ja noch in Arbeit . . . Er konnte nachweisen, daß er vorige Woche nur 10 Milliarden verdient habe . . . 10 Milliarden = 15 bis 10 Dollarcents Wochenlohn! — Diese Urteile erregen in sozialistischen Kreisen großen Unwillen. Das Sondergericht geht entschieden zu weit. Ich glaube aber nicht, daß man die Todesurteile vollstrecken wird. Die Sozialdemokraten in der Regierung werden dies schon verhindern."

Der sozialdemokratische Polizeisenator Henze war nicht der Ansicht, daß „bereits alles vorüber sei". Er sagte:

„Es wird noch weiter Unruhen geben. Was nützt der Polizei, Putsche niederzuschlagen, wenn es nichts zu essen gibt. Man kann Leute, die Barrikaden errichten, wohl umzingeln, aber man kann nicht ohne weiteres auf Frauen und Kinder schießen."

Auf den Einwand, daß man zur Zeit in Deutschland viel von einem Rechtsputsch spreche, sagte Henze weiter:

„Nein, die Nationalisten brauchen nicht mehr zu putschen. Sie bekommen auch so die Macht in die Hände . . . . Der Kommunistenputsch war wirklich gut vorbereitet. Vielleicht nicht in allen Einzelheiten. So glaube ich, daß ihr Plan zuerst die Vororte zu nehmen, ein militärischer Mißgriff war. Doch die Einzelheiten waren gut ausgearbeitet, wahrscheinlich von früheren Offizieren. Sie eroberten 13 Wachen außerhalb der Stadt und überwältigten die blaue Polizei. In der Altstadt, wo wir die besser bewaffnete grüne Polizei haben, haben sie nichts unternommen. Die Sache ging Dienstag morgen vier Uhr los, sie war am Mittwoch abend zu Ende, obwohl noch in der ganzen Mittwochnacht planlos von den Dächern geschossen wurde . . . . Elmsbüttel, wo die 42. Wache liegt, war wirklich eine schlimme Geschichte. Wir sandten ein Panzerauto hin, das die Kommunisten außer Gefecht setzten. Hierauf sandten wir zwei Panzerautos und vier Hundertschaften grüner Polizei hin, die die Wache zurückeroberten . . . . Verhaftungen wurden 6—700 vorgenommen. Wann und wie, weiß ich nicht. Darüber wird die Untersuchung Klarheit bringen. Nach meinem Gefühl wurden zwei Drittel davon mit der Waffe in der Hand festgenommen . . . . Ausländische Waffen hatten sie trotz aller gegenteiligen Behauptungen nicht. Es waren alles deutsche Waffen aus der Kriegszeit, darunter einige neue, die man offenbar beschlagnahmt oder seit dem Waffenstillstand verborgen hat."

Auf die Frage, ob alle diejenigen, die mit Waffen in der Hand verhaftet wurden, Todesurteile zu gewärtigen hätten, antwortete Henze:

„Wahrscheinlich. Aber das bedeutet nicht, daß sie auch vollstreckt werden, das ist Sache des Reichspräsidenten. Manche werden vielleicht begnadigt werden. Doch die, die Polizisten getötet haben — und es gab sehr bestialische Mörder — werden voraussichtlich hingerichtet werden."

Hierauf machte Henze eine bedeutsame Feststellung:

„Bis jetzt, wenn die Kommunisten etwas Gesetzwidriges planten, fanden sich immer gesetzestreue Bürger, die uns Anzeige machten. Der Deutsche glaubt an die Regierung und er verrät die, die sie bekämpfen. Doch diesmal wußte ich von nichts, bis zur vorhergehenden Nacht, und auch nur in sehr unbestimmter Weise. Ich glaube, daß das Volk gleichgültig wird gegen die Regierung. Es ist verhungert. Es ist der Auffassung, daß es, was auch kommen möge, immer nur schlimmer werden könne . . . .

Wir haben Papiere aufgefunden, nach denen die Wachen unter verschiedene Leute verteilt wurden. Diese Papiere scheinen von der Kommunistischen Jugend auszugehen. Bei der Kommunistischen Parteigruppe und auf deren Sekretariat haben wir nichts gefunden. Die Leute sind zu gerieben. Aber wir haben die führenden Kommunisten einschließlich der Bürgerratsmitglieder verhaftet, denn wir haben das Gefühl, daß sie hinter der Sache standen. So sagten sie vor einigen Tagen zu meinem Polizeichef und zu dem Leiter des Wohlfahrtsamtes: „Wenn wir die Macht übernehmen, was bald geschehen wird, so dürft Ihr Eure Posten behalten . . . ." Das zeigt deutlich ihre Absichten auf . . . ."

Im Gerichtsgebäude traf die Korrespondentin mit einer großen Zahl von Frauen zusammen, deren Männer inhaftiert worden waren. Eine davon berichtete:

„Was wollen sie gegen meinen Mann? Er war nicht am Kampf beteiligt, er hat auch keine Waffen. Trotzdem hat man ihn aus dem Hause heraus verhaftet. Der Kommunistischen Partei ist er vor einem Monat beigetreten. Aber das ist doch kein Verbrechen. Denn die sozialistischen Gewerkschaften taugen nichts. Sie tun absolut nichts für die Arbeiter. Sie wollen nur in der Regierung bleiben und sich fette Beamtenposten sichern. Mein Mann bekam einen Ekel vor ihnen und trat zu den Kommunisten über."

Eine zweite Frau sagte:

„Ich komme von Sande bei Bergedorf. In unserm Stadtteil wurde überhaupt nicht geschossen. Doch die Sipo suchte alle Häuser ab und holte die Männer aus den Betten. Auf dem Weg zur Wache wurden sie fürchterlich mißhandelt, daß sich sogar bürgerliche Herren dagegen empörten. Die ganze Nachbarschaft ist wütend, alles haßt jetzt die Regierung."

Da jede Nummer des sozialdemokratischen „Hamburger Echos" von „feigen, kommunistischen Führern", die Putsche anzetteln und sich dann in Sicherheit bringen, hetzte, befragte die Korrespondentin die Frauen über ihre Meinung darüber. Keine von ihnen schimpfte auf die Kommunisten, dafür waren sie alle wütend gegen die Regierung.

„Aus unserm Bezirk waren Leute an der Schießerei beteiligt. Aber sie haben sich alle in Sicherheit gebracht. Als die Munition verschossen war und keine Unterstützung kam, haben sie sich verzogen. Aber wenn die Polizei zu dämlich war, die kämpfenden Arbeiter abzufassen, so ist das doch kein Grund, daß sie in die Häuser einbricht und andere Leute ziel- und grundlos verhaftet . . . . Entmutigt sind die Arbeiter nicht, aber sie sind waffenlos. Es haben diesmal zu wenig mitgemacht. Es bestand keine Einheitsfront zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Kommunisten mögen diesmal etwas voreilig gewesen sein, vielleicht haben sie auch eine Dummheit gemacht. Aber trotzdem hätten die Sozialdemokraten mitmachen müssen. Sie taten dessen fielen sie den Arbeitern in den Rücken und denunzierten sie täglich in ihrer Zeitung. Wir alle haben das „Echo" abbestellt. Allein in unserem Bezirk sind 3000 Abbestellungen gefolgt, weil das Blatt gegen die Arbeiter schreibt."

Eine andere Frau erzählte der Korrespondentin:

„Den Frauen in Hamburg geht es fürchterlich. Aber ich sage Ihnen: es ist Eure eigene Schuld, wenn Eure Männer so leiden sind. Warum waren sie nicht mit den anderen auf den Barrikaden? Ich weiß warum. Wenn ein Stück Brot ins Haus kommt, wer erhält es dann? Etwa die Frau? Nein, niemals. Nicht einmal die Kinder. Der Mann bekommt es vorgesetzt, weil er das Familienoberhaupt ist und arbeiten muß. Wir deutschen Frauen sind verrückt. Doch ich sage, wir müssen uns unsere Rechte nehmen, genau wie die englischen und amerikanischen Frauen. Wir müssen das Brot für uns und unsere Kinder wegnehmen. Und wenn der Mann dann hungrig ist, genau wie wir, so wird er auf die Barrikaden gehen . . . . Unsere Männer waren drei Tage und zwei Nächte unter freiem Himmel, ohne etwas zu essen oder zu trinken. Die Sipo dagegen war glänzend versorgt. Die Arbeiter aber lagern ringsum und keiner versorgte sie. Unsere Männer wären jetzt noch dort, wenn ihnen die Munition nicht ausgegangen wäre . . . . Oh, diese jämmerlichen Arbeiterführer. Neulich gingen die Hafenarbeiter nach dem Gewerkschaftshaus, um einen Vortrag über wertbeständige Löhne zu hören. Die Versammlung aber wurde angeblich wegen des Belagerungszustandes abgesagt. In Wirklichkeit hatten die Führer Angst. So mußten die Massen draußen bleiben, und da gab es manch heiße Wortgefecht. Die Sozialdemokraten schimpften auf die Kommunisten, weil sie losgeschlagen hatten. Und die über schimpften auf die Sozialdemokraten, weil sie die Kämpfer im Stich ließen. Da kam auf einmal die Polizei mit ihren Gewehren aus dem Gewerkschaftshaus. Die Geschäftsleute hätten sie sehr gut aufhalten können, denn sie sitzen ja

Regierung. Aber sie taten es nicht und ließen es ruhig zu, daß wir aus unserem eigenen Gewerkschaftshaus vertrieben wurden .., Jawohl, es ist wahr, daß viele Arbeiter aus der Sozialdemokratischen Partei austreten. Auch ich bin ausgetreten, und auch gestern aus der Gewerkschaft. Ich habe den Herren gesagt, daß ich es nun satt hätte. Ich gehöre jetzt keiner Partei an. Ich bin jetzt eine Partei für mich. Trotzdem möchte ich gern ein Sowjetdeutschland haben. Ich bin für jeden zu haben, ob Kommunist oder Nationalist, wenn sie nur diese elenden Bürokraten zum Teufel jagen."

Diese objektiven Bekundungen einer amerikanischen Journalistin stehen wohltuend ab von den Lügen und Verleumdungen, die die Sozialdemokraten und ihre Presse geflissentlich über die Hamburger Vorgänge verbreiten. Doch diesmal wird ihnen die Kommunistenhetze nicht viel mehr helfen. Die verhungernden Massen sind in Bewegung geraten. Sie erkennen deutlich, daß nur noch der Kampf mit allen Mitteln sie vor dem Untergang retten kann. Und sie werden früher oder später den Weg des Kampfes gehen. Trotz alledem!

Politik

Das Ergebnis der Wahlen in Oesterreich.

Von Josef Grün (Wien).

** Das umständliche zweite Ermittlungsverfahren für die Wahlen zum Nationalrat, und die Streitigkeiten, die sich an die Auslegung der neuen Wahlordnung knüpfen, haben es mit sich gebracht, daß mehr als acht Tage nach den Wahlen, die am 21. Oktober stattfanden, die endgültige Verteilung der Mandate noch nicht feststand. Die Entscheidungen der Hauptwahlbehörde, die erst am 29. Oktober zusammentrat, werden voraussichtlich noch beim Verfassungsgerichtshof angefochten werden und vielleicht dadurch kleine Aenderungen erfahren.

Ueber die Mandat-Verteilung stehen nur die Zahlen für die verschiedenen Landtage endgültig fest, die zugleich mit dem Nationalrat gewählt wurden. Von den neuen Bundesländern sind fünf zur Wahl berufen worden. In Vorarlberg blieb den Christlichsozialen die Zweidrittelmehrheit erhalten, in Steiermark näherten sie sich der absoluten Mehrheit, im Burgenland erhielten sie eine größere Mandatszahl als die Sozialdemokraten, die dort bisher führend waren, ohne jedoch die Mehrheit zu besitzen; in Kärnten schließlich gelang es der bürgerlichen Einheitsliste, bestehend aus Christlichsozialen, Großdeutschen und Landbündlern, die absolute Mehrheit zu erzielen und die Sozialdemokraten aus der relativen Mehrheit zu verdrängen. Die Wahlen zu den Landtagen, aus denen Delegierte zum Bundesrat zu wählen sind, werden die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat, die bisher ganz gering war, vergrößern.

Die wichtigsten der Landtagswahlen waren die für den Wiener Landtag, die auch zugleich mit den Wahlen für den Gemeinderat von Wien abgehalten wurden. Wien ist zugleich Bundesland und die größte Gemeinde Oesterreichs. Seit den Wahlen vom 4. Mai 1919 hatten die Sozialdemokraten die große Mehrheit, die nahe an die Zweidrittelmehrheit herankam. Die Sozialdemokratische Partei hat namentlich in Wien eine großangelegte Wahlpropaganda betrieben. Sie hatte in sehr geschickter Weise die Verteidigung des Mieterschutzes gegen Abbaubestrebungen der Regierung in den Mittelpunkt gestellt, und gab auch sonst auf dem Gebiete des Wohnungswesens viele Versprechungen. In den letzten Wochen vor den Wahlen herrschte in dem Straßenbilde von Wien die amerikanische Reklame der Sozialdemokratischen Partei weitaus vor. Die Sozialdemokraten haben ihre Stellung in der Gemeinde behauptet: Der Gemeinderat, dessen Mandatszahl von 165 auf 120 herabgesetzt worden war, besteht nun aus 73 Sozialdemokraten, 41 Christlichsozialen, und einem Vertreter der jüdischen Wahlgemeinschaft. Bisher setzte sich der Wiener Gemeinderat aus 100 Sozialdemokraten, 50 Christlichsozialen, 8 Tschechen, 3 Großdeutschen, 3 Jüdischnationalen (Zionisten) und einem Demokraten zusammen. Die Beseitigung der kleinen Fraktionen ist der neuen Wahlordnung zu verdanken, die den Sozialdemokraten besonders zugute kam, indem sie durch diese neue Wahlordnung bei 56 Prozent aller Stimmen 65 Prozent der gesamten Mandate erhielten. Bei den Wahlen zu den Bezirksvertretungen (Gemeinderäte der 21 Gemeindebezirke Wiens) ergaben sich keine wesentlichen Verschiebungen.

Wie die Wahlordnung zum Wiener Gemeinderat die Sozialdemokraten begünstigte, so schuf die Wahlordnung zum Nationalrat den Christlichsozialen besondere Vorteile: Bei 43 Prozent aller Stimmen erhielten sie fast 50 Prozent der Mandate; die Sozialdemokraten bekamen bei rund 40 Prozent aller Stimmen auch 40 Prozent der gesamten Mandate. Den Schaden hatten die kleinen und kleinsten Parteien zu tragen. Die bürgerlich-demokratische Arbeitspartei verlor ihren einzigen Sitz im Nationalrat, der Landbund erhielt nur dank dem Umstande, daß die bürgerliche Einheitsliste in Kärnten auch für den Nationalrat galt (in anderen Ländern kam sie nicht zustande), in diesem Lande zwei Mandate; die Großdeutschen sanken von 21 Mandaten auf 13. Der Nationalrat hatte aus 183 Mitgliedern bestanden, von denen 163 durch Urwahl und 15 als Reichsrestsummen-Mandate zustande gekommen waren; 85 Christlichsoziale bildeten mit 21 Großdeutschen, 7 Landbündlern und einem Demokraten die bürgerliche Mehrheit, der 69 Sozialdemokraten gegenüberstanden. Der neue Nationalrat besteht aus 165 Mitgliedern. In einem ersten Ermittlungsverfahren werden in vier Wahlkreisverbänden die Wahlen vorgenommen. Aus diesen Wahlen ergeben sich Restmandate, die innerhalb der Wahlkreisverbände aufgeteilt werden. Bisher sind die Restmandate des 4. Wahlkreisverbandes strittig, doch wird allgemein angenommen, daß der neue Nationalrat aus 82 Christlichsozialen, 68 Sozialdemokraten, 13 Großdeutschen und 2 Landbündlern bestehen wird. Die bürgerliche Mehrheit ist also relativ geschwächt; aber innerhalb der bürgerlichen Mehrheit ist das Uebergewicht der Christlichsozialen verstärkt worden.

Was die Stimmenzahlen betrifft, so ist zunächst eine starke Steigerung der Wahlbeteiligung festzustellen, und zwar im Bundesmaßstab von 80½ Proz. auf rund 86 Proz. der Wahlberechtigten. In Wien stieg die Wahlbeteiligung von 84 auf 90 Proz. In einigen proletarischen Wahlkreisen von 90 auf 93 Proz. und darüber. Es wurden also die letzten Reserven herausgeholt, wobei die Sozialdemokraten eine Steigerung von fast 25 Proz. und die Christlichsozialen von fast 20 Proz. ihrer Stimmenzahl erzielen konnten, während die Großdeutschen beinahe 30 Proz., der Landbund beinahe ebensoviel, die Demokraten mehr als die Hälfte und die Tschechen fast vier Fünftel ihrer Stimmenzahl einbüßten.

Der Kommunistischen Partei Oesterreichs sind bei diesen Wahlen Erfolge versagt geblieben. Sie vermochte nicht nur keine Mandate zu erobern — obgleich sie in mehreren Fällen der Eroberung von Mandaten in Bezirksvertretungen nahe kam —, es gelang ihr auch nicht, die Stimmenzahl des Jahres 1920 wieder zu erreichen. Sie hätte die damals erzielten 27 500 Stimmen im wesentlichen wieder erlangt, wie dies die Ergebnisse jener Wahlkreise beweisen, in denen die Parteikrise nicht voll zur Auswirkung kam und in denen zum Teil sogar Stimmenzuwachs erzielt werden konnte; die Parteikrise kostete der Partei aber 5000 Stimmen, in Graz, Ober-Oesterreich (wo in vier von fünf Wahlkreisen wegen der Krise nicht kandidiert werden konnte), und in Salzburg und Tirol, wo sich die Folgen der oberösterreichischen Parteikrise besonders geltend machten. Es wird daher Aufgabe der Kommunistischen Partei Oesterreichs sein, die Parteikrise, die ihrer Tätigkeit schon fast ein Jahr die größten Hemmungen bereitet, endgültig zu liquidieren — wie dies seitens des Parteivorstandes seit geraumer Zeit, jedoch bisher leider ohne vollen Erfolg, versucht wird —, um auf diese Weise die Schlappe wieder gutzumachen und den Kampf gegen den parlamentarischen Kretinismus, dem die überwiegende Mehrzahl der Arbeiterklasse Oesterreichs noch anhängt, mit verstärkter Kraft weiterzuführen.

Wirtschaft

Die Lage der Weltwirtschaft.

Von Eugen Varga.

** Die Hoffnungen der kapitalistischen Welt auf eine Besserung der Weltwirtschaftslage im Jahre 1923 haben sich nur in einem ganz geringen Grade erfüllt. Die Besserung erstreckt sich bloß auf die Vereinigten Staaten und einzelne Gebiete Europas: vor allem Frankreich und Belgien, und es ist sehr fraglich, ob die Besserung in den letztgenannten Ländern einen realen Charakter hat. Sie scheint im Zusammenhang zu stehen mit der langsamen Entwertung der Valuta. Wie die Erfahrung und besonders das Beispiel Deutschlands zeigt, ruft eine Entwertung der Valuta eine Konjunktur nur solange hervor, als die Kaufkraft der Geldeinheit auf dem inneren Markt bedeutend höher ist als auf dem Weltmarkt. Solange dieser Zustand anhält, ist das betreffende Land auf dem Weltmarkt exportfähig. Aber an einem gewissen Punkt erfolgt dann der Umschlag: die Entwertung der Valuta verhüllt nicht länger die Tatsache, daß in solchen Ländern objektiv, in Arbeitszeit gerechnet, teurer produziert wird als in Ländern mit stabiler Valuta, und es tritt dann der Umschlag ein, den wir am krassesten gegenwärtig in Deutschland beobachten können: daß bei einer auf-

werteten und fallenden Valuta die Preise über jene des Weltmarktes steigen.

Das Auseinanderfallen des kapitalistischen Weltmarktes hält weiter an; ja, es scheint sich zu verschärfen. Einesteils sind auch die Valuten der neutralen europäischen Länder, die sich dem Dollar gegenüber lange Zeit fest gehalten haben, in der letzten Zeit ins Rollen gekommen: der Schweizer Franken, der holländische Gulden wie auch die skandinavischen Valuten zeigen dem Dollar gegenüber ein Disagio.

Es ist hierbei die interessante Tatsache zu beobachten, daß sich je nach dem Stande der Valuta zwei verschiedene Zirkel des weltwirtschaftlichen Warenaustausches herausbilden: die Länder mit stabiler Valuta handeln untereinander: die Länder mit stark entwerteter Valuta bilden unter sich ebenfalls einen Kreis. Der Warenaustausch zwischen den hochvalutarischen und den niedervalutarischen Ländern wird immer schwieriger und immer eingeschränkter.

Wenn wir die einzelnen großen Wirtschaftsgebiete ins Auge fassen, so ergibt sich folgendes Bild:

Die Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten hatte im Frühjahr (März/April) ihren Höhepunkt erreicht. Während des Sommers trat dann eine gewisse Abflauung ein. Dies zeigt sich sowohl in den Produktionszahlen als in den Außenhandelszahlen.

Die Produktion betrug:

	Roheisen	Stahl	Auftragsbestand des Stahltrusts	Baumwollverbrauch
	1000 t	1000 t	1000 t	1000 Ballen
Mai . .	3868	4196	6981	621
August .	3435	3679	5415	492

Im Laufe des Monats September, dessen Produktionsdaten noch nicht vorliegen, scheint wieder eine kleine Besserung eingetreten zu sein.

Was aber für uns von entscheidender Wichtigkeit ist: **die amerikanische Hochkonjunktur konnte die europäische Wirtschaft nicht auf ein höheres Niveau heben.** Und nunmehr besteht auch keine Hoffnung mehr hierfür. Während in den Frühjahrsmonaten März/April/Mai die Hochkonjunktur in Amerika so stark war, daß die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten passiv wurde, ist im Juni bereits die Wendung eingetreten: der Außenhandel wurde wieder aktiv. Das bedeutet, daß mehr amerikanische Waren auf den Weltmarkt geworfen wurden, als Amerika von dort aufnahm. Bei der auf dem europäischen Markt herrschenden Absatzkrise ist hierdurch die Möglichkeit einer günstigen Beeinflussung vorüber. Die Einfuhr der Vereinigten Staaten, die im März 398 Mill. Dollar betrug, ist im August auf 275 Millionen gefallen. Die erhoffte Belebung des europäischen Marktes durch starke Einkäufe Amerikas hat sich als trügerisch erwiesen.

Die amerikanischen Wirtschaftsberichte sind zwar noch immer optimistisch eingestellt, aber es mehren sich besonders in Bankier-Kreisen immer mehr die Stimmen, die dafür sind, daß ohne eine Wiederaufrichtung des europäischen Marktes die gute Konjunktur in Amerika nicht lange andauern könne. Sie weisen darauf hin, daß noch im Jahre 1922 Europa 54 Prozent der Ausfuhr der Vereinigten Staaten aufgenommen hat. Für eine Aktion zur Wiederaufrichtung Europas sind auch die Farmer. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte werden in den Vereinigten Staaten durch den Weltmarktpreis, und dieser wird von dem Preis bestimmt, den Europa zahlen kann. Die sehr verringerte Kauffähigkeit Europas wird zu einem wachsenden Teil durch Rußland befriedigt! In Amerika wird neuerdings Weizen an das Vieh verfüttert. Man regt Kredite an Deutschland in der Form von Weizenlieferungen an usw. Diesen Umständen ist die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, sich an der Lösung der Reparationsfrage in irgendeiner Form zu beteiligen, zuzuschreiben.

Das britische Weltreich.

Am schwierigsten von allen europäischen Ländern ist auch weiterhin die Lage Englands. Diese hat sich in der letzten Zeit dauernd verschlechtert. Die Zahl der Arbeitslosen steigt von Woche zu Woche und man rechnet damit, daß ihre Zahl zu Neujahr diejenige des Vorjahres erreichen, vielleicht sogar überschreiten wird. Der Nutzen, den die Wirtschaft Englands aus der Ruhrbesetzung zog, ist vorbei. Außerdem ist die Lage der Textilindustrie dauernd sehr schlecht und die Beschränkung der Produktion in der Baumwollindustrie wird von Monat zu Monat neu verlängert. Die englischen Wirtschaftspolitiker scheinen immer mehr die Hoffnung aufzugeben, daß England als Industrieartikel exportierender und Lebensmittel und Rohstoffe beziehender Staat seine Bevölkerung wird ernähren können. Es herrscht vollkommene Ratlosigkeit. Man versucht, die englische Landwirtschaft zu heben und die Auswanderung in die englischen Siedlungskolonien zu organisieren; man beginnt, alle Traditionen der englischen Wirtschaftspolitik in Zweifel zu ziehen; man fordert Schutzzölle und Inflation!

Die politische und ökonomische Konferenz des britischen Weltreichs macht den Versuch, aus dem englischen Weltreich ein sich selbst genügendes Wirtschaftsgebiet zu schaffen, das sich durch gegenseitige Vorzugszölle von der übrigen Welt absondern soll. Aber die Beratungen zeigten, daß die ökonomische Lage der einzelnen englischen Kolonien viel zu differenziert ist, um einen solchen Plan verwirklichen zu können. Kanada hat ein starkes Interesse an der Entwicklung seiner Industrie und ist mit den Vereinigten Staaten wirtschaftlich bereits viel stärker verbunden als mit England. Auch in anderen Kolonien haben sich während des Krieges selbständige Industrien entwickelt, die sich ungern der neuen Politik einordnen wollen. So vor allem Indien. Andererseits gibt es in England selbst von seiten des Industrie- und Handelskapitals eine starke Opposition gegen die Konstituierung eines selbstgenügsamen britischen Weltreichs: diese Kreise fürchten Verteuerung der Lebensmittel, daher höhere Produktionskosten und infolgedessen verminderte Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt.

Es scheint, daß der Widerstreit der Interessen so stark ist, daß es zu keiner einheitlichen Wirtschaftspolitik kommen kann. Am bezeichnendsten für die zerfahrene Lage der englischen Wirtschaft ist die Strömung, die in sehr einflußreichen Kreisen des industriellen Kapitals, wenn auch nicht offen, für eine Inflationspolitik Stellung nimmt. Bezeichnend ist hierbei die Rede, die der Präsident der mächtigen Vereinigung britischer Industrieller, Geddes, dieser Tage in Glasgow hielt*). Er sagte u. a.: „Ich zweifle, ob wir zu allen unseren anderen Schwierigkeiten auch die Opfer, die eine kontinuierliche Besserung unserer Valuta erfordert, werden ertragen können. Wir haben nunmehr seit einer Reihe von Jahren eine sehr starke Deflation getrieben. Wir haben das Pfund im Verhältnis zum Dollar seit einer Reihe von Jahren gehoben; wir haben eine schreckliche Bürde der Arbeitslosigkeit geschleift; unsere Besteuerung war schrecklich schwer. Es sollte sicher eine gewisse Verbindung zwischen unserer Finanzpolitik und der wirtschaftlichen Situation vorhanden sein. Die schlechte Lage der Weltwirtschaft haben nicht wir gemacht; die Inflation in anderen Ländern können wir nicht kontrollieren. Aber unsere eigene Finanzpolitik können wir selbst besorgen. Im internationalen Handel bedeutet eine Politik der kontinuierlichen Deflation und kontinuierliches Fallen der Preise eine Verschiebung des Handels, eine Steigerung der Lasten der internationalen Schulden und eine ständige Kraftanspannung, um die Preise und die Produktionskosten dem ständig fallenden Preisniveau anzupassen. Es scheint mir, daß dies zu den Lasten, unter denen wir bereits leiden, ein unerträgliches Maß hinzufügt. Diese Lasten könnten erleichtert werden durch eine Politik, **die weniger ausschließlich auf die Besserung unseres Valutawelche weniger ausschließlich auf die Besserung unseres Valutakurses gegenüber Amerika und mehr auf die Wiederherstellung von beständigen Wirtschaftsbedingungen konzentriert wäre.**" Er kündigt weiter an, daß der Bericht der Kommission die die Vereinigung der britischen Industriellen zum Studium dieser Frage entsandt hatte, in den nächsten Tagen veröffentlicht werden wird.

Der Gedanke der Einführung des Schutzzollsystems**), der Hervorrufung einer Inflation und der täglich stärker werdende Neomalthusianismus beweisen am besten, daß die englischen Wirtschaftpolitiker ihre Hoffnung auf die Wiederherstellung der einstigen Lebensbedingungen Englands in der Weltwirtschaft verloren haben.

Frankreich und Belgien.

Von allen europäischen Ländern scheint die Wirtschaftslage Frankreichs und Belgiens gegenwärtig am günstigsten zu sein. Die ausgewiesene Arbeitslosigkeit ist minimal: Frankreich zieht ständig ausländische Arbeiter heran. Wie wir bereits oben erwähnten, ist dies zum großen Teil dem langsamen Fallen der Valuta zuzuschreiben. Dies ermöglicht der französischen und belgischen Industrie, ihre Waren am Weltmarkt abzusetzen und England und den Vereinigten Staaten eine scharfe Konkurrenz zu bieten. Die englische Presse ist in der letzten Zeit voll von Klagen wegen Eindringens der Produkte der französischen Tuchindustrie und Metallindustrie auf den englischen Markt selbst. Die Handelskammer von Bradford stellte unlängst die Forderung an die Regierung, Schutzzölle für die englische Tuchindustrie einzuführen. In den französischen Blättern wurde dieser Tage Nachricht von einem angeblichen Abkommen zwischen Frankreich und England gegeben, wonach die Produkte des Ruhr

*) Schon am 9. September hielt der englische Arbeitsminister eine unklare Rede in der gleichen Richtung.

**) Premierminister Baldwin hat sich dieser Tage wieder entschieden für die Einführung von Schutzzöllen ausgesprochen.

gebietes, die sich während der Zeit der Ruhrbesetzung aufgestapelt haben, nicht auf den englischen Markt gebracht werden dürfen (Matin vom 25. Oktober*). Wie wir bereits oben erwähnten, scheint die Blüte der französischen und belgischen Wirtschaft derselben Charakters zu sein, wie wir es in Deutschland 1921 und 1922 gesehen hatten.

Deutschland.

Die Wirtschaftslage Deutschlands wird gegenwärtig durch den vollen Umschlag der Preisbildung charakterisiert. Nachdem auf dem Wege der Inflation der gesamte Mittelstand expropriiert wurde, ist ein Zustand eingetreten, wo auch die an den letzten Konsumenten verkaufenden Mittelschichten: Kleinhändler, Gewerbetreibende, Gastwirte, Verkehrsgesellschaften usw., zu der Goldmarkrechnung übergehen mußten, da ihnen sonst die Mittel zum Wiedereinkauf absolut ausgegangen wären. Der Schein der billigen Produktion und der guten Konjunktur ist hierdurch endgültig verflüchtigt. Es zeigt sich — was wir immer betont haben —, daß in Deutschland effektiv teurer produziert wird als auf dem Weltmarkt. Hierdurch ist eine Absatzkrise von ungeheurer Stärke eingetreten. Die Arbeitslosigkeit wächst von Tag zu Tag, und wenn wir die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet, über die keine Zahlen vorliegen, in Betracht ziehen, so können wir die Zahl der Arbeitslosen auf weit mehr als eine Million, die Zahl der Kurzarbeiter auf mehrere Millionen schätzen.

Zugleich mit dem allgemeinen Uebergang zur Goldmarkberechnung zeigt sich die absolute Verarmung Deutschlands. Jene Geschäfte, die Artikel des allgemeinen Bedarfs feilbieten, Kleidergeschäfte, Schuhgeschäfte usw., sind käuferleer. Es zeigt sich, daß bei der allgemeinen Verarmung des gesamten Mittelstandes und der Arbeiterschaft keine Käufer für derartige Waren bei den gegenwärtigen Preisen zu finden sind. Der Nutzen, den die Verkäufer von dem Uebergang auf die Goldberechnung erhofften, ist durch den Mangel an Absatz entfallen. Die Ausländer sind als Käufer infolge des hohen Preises verschwunden. Die reichen Bauern sind von früher her mit industriellen Artikeln gesättigt; die armen Bauern sind ebenfalls nicht in der Lage zu kaufen, da sie durch die neuen Steuern stark bedrückt sind und bei dem rasenden Tempo der Geldentwertung nicht den Mut haben, ihre kleinen Ueberschüsse an Lebensmitteln auf den Markt zu bringen. So ist die deutsche Wirtschaft in eine so schwere Krise hineingeraten, wie es vielleicht in der Geschichte der kapitalistischen Wirtschaft noch niemals der Fall gewesen ist. Die ungelöste Reparationsfrage, die Zerfallstendenz des Reiches selbst, die ausweglose Lage der Reichsfinanzen verstärken die Hoffnungslosigkeit der deutschen Wirtschaft.

Trotz der neuen Steuern, trotz Aufgabe des Widerstandes an der Ruhr sind die Ausgaben in den 10 Tagen vom 10. bis 20. Oktober schneller gestiegen als der Dollar. Die Steuereinnahmen machen wiederum kein ganzes Prozent der Ausgaben aus; 99 Prozent werden durch Notendruck gedeckt. Und auch eine neue bürgerliche Regierung wird an diesen Verhältnissen nichts ändern können.

Japan.

Von den außereuropäischen kapitalistischen Großmächten ist die Wirtschaft Japans durch die Erdbeben-Katastrophe stark gehemmt worden. Die innere Wirtschaft Japans zeigt natürlich infolge der riesigen Wiederherstellungsarbeiten momentan einen gewissen Aufschwung, aber als Faktor der Weltwirtschaft ist Japan für eine gewisse Zeit sicherlich gelähmt. Die japanische Katastrophe hat, ähnlich wie seinerzeit die Ruhrbesetzung, in anderen Ländern gewisse günstige Wirkungen ausgelöst, so vor allem in der Seidenindustrie Italiens und Frankreichs; doch ist dies für die Gesamtheit der Weltwirtschaft nicht von Bedeutung.

*

Zusammenfassend können wir nur wiederholen, daß mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, wo Aussicht vorhanden ist, daß, wenn auch keine Hochkonjunktur in dem Grade wie im Frühjahr, aber doch eine befriedigende Wirtschaftslage noch einige Zeit andauern wird, **die Wirtschaft der ganzen kapitalistischen Welt und vor allem jene der europäischen kapitalistischen Länder aus dem Krisenzustand nicht herausgekommen ist.** Ja, wir können ruhig sagen, daß sich die Lage der europäischen Wirtschaft in der letzten Zeit als Ganzes eher verschlechtert als gebessert hat.

---

*) Das Organ der französischen Schwerindustrie „l'Usine" vom 27. Oktober bestätigt diese Nachricht mit dem Bemerken, es handle sich hierbei um einen Freundschaftsdienst, und es seien nicht mehr als 100 000 Tonnen Eisen im Ruhrgebiet auf Lager.

Arbeiterbewegung

Aus der rumänischen Gewerksdhafts-bewegung.

** (RGI.) Nach dem Clausenburger Kongreß, auf dem die sozialdemokratischen Lakaien der Bourgeoisie zu größerem Ruhm Amsterdams, zu Nutzen und Frommen der Bourgeoisie die Gewerkschaftsorganisation gespalten haben, laufen von allen Seiten Proteste gegen diese arbeiterschädigende Tätigkeit der Amsterdamer ein. Das Vollzugsbüro der RGI. richtete einen Brief an die Arbeiter Rumäniens, in dem es sie auffordert, den Spaltern nicht zu erlauben, ihren niederträchtigen Plan in die Tat umzusetzen. Jeder Vorwand der Spaltung muß vermieden werden; alles, was möglich ist, ohne daß die Interessen der Arbeiterklasse geschädigt werden, muß der Einigkeit geopfert werden. Herstellung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitermassen trotz aller Hindernisse, Unterstützung der bevorstehenden deutschen Revolution — das sind die nächsten Pflichten. Wenn sich das reaktionäre Rumänien, wie es sehr wahrscheinlich ist, an der kapitalistischen Koalition beteiligen sollte, die sich auf das proletarische Deutschland werfen würde, dann muß die Arbeiterklasse Rumäniens die verbrecherischen Versuche vereiteln, indem sie sich mit allen Kräften der Erdrosselung der deutschen Revolution widersetzt.

Die klassenbewußten Arbeiter Rumäniens aber, noch bevor sie im Besitz dieses Schreibens sind, haben schon im Geiste dieser Anweisungen gehandelt. Die Gewerkschaften von Marosvasarhely, in einer gemeinsamen Sitzung, die Metallarbeiter von Arad, die gesamte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft von Nagy-Varad, die Gewerkschaftsfunktionärversammlung von Hermannstadt, ebenso wie von Kronstadt, die Holzarbeiter aus derselben Stadt, die Buchdrucker von Targu-Murus, der Lederarbeiterverband in seinem Verbandsorgan — alle protestierten im Laufe der letzten Wochen gegen die unerhörte Behandlung der Organisationsangelegenheiten auf dem Gewerkschaftskongreß; sie sprechen dem dort gewählten Gewerkschaftsrat jedes Recht ab, im Namen der Arbeiterschaft Rumäniens aufzutreten und zu sprechen, und lehnen es auch zum Teil ab, ihn finanziell zu unterstützen.

Unterdessen setzt dieser angebliche Gewerkschaftsrat seine spalterische Tätigkeit fort. Er gab in seiner ersten Versammlung vom 20. September den angeschlossenen Ortsgruppen die Anweisung, in den Ortsausschuß nur solche Arbeiter zu bestellen, „die auch bis jetzt bereits Befürworter des Anschlusses an Amsterdam waren". Streiks dürfen nach dem Beschluß dieser Polizei-Sozialisten nur mit Zustimmung des betreffenden Verbandsvorstandes und des Gewerkschaftsrates erklärt werden. Alle Bezirksverbände von Siebenbürgen und vom Banat, die in Opposition stehen, werden mit einem Federstrich aufgelöst! Für die Durchführung dieses Beschlusses hat die Polizei sofort gesorgt. Was für eine rührende Geistes- und Seelenverwandtschaft, die die beiden Institutionen des bürgerlichen Staates so Hand in Hand arbeiten läßt!

Arbeiterhilfe

Das russische Proletariat für seine bedrängten japanischen Brüder!

** Das Komitee der Internationalen Arbeiterhilfe für die Werktätigen Japans für das Gebiet des Bundes Sozialistischer Sowjetrepubliken erläßt an die Arbeiter und Arbeiterinnen Sowjetrußlands folgenden Aufruf:

„Jeder Tag bringt neue Nachrichten über die Schrecken, denen die werktätige Bevölkerung Japans infolge der riesigen Elementarkatastrophe, die über das Land hereinbrach, ausgesetzt ist. Elend und Obdachlosigkeit, Hunger und Kälte sind das Schicksal von Hunderttausenden und Millionen Familien japanischer Arbeiter und Bauern, denen die Gefahr eines Hungertodes droht, wenn ihnen nicht unverzüglich Hilfe erwiesen wird.

Zu all diesen Leiden der japanischen werktätigen Bevölkerung kommen noch die schonungslosen Repressalien der japanischen Regierung gegenüber den hungernden werktätigen Massen. Die japanische Regierung will diese Katastrophe ausnützen, um die Arbeiterbewegung nicht nur auf politischem,

sondern auch auf gewerkschaftlichem Gebiet vollständig zu vernichten. Die Arbeiterverbände sind zertrümmert, die Führer der revolutionären Bewegung wurden grausam erschlagen oder schmachten in Gefängnissen, und die hungrigen Arbeitermassen werden auf den vom Erdbeben übrig gebliebenen Ruinen niedergemacht. Wirksame Hilfe erwarten die japanischen Arbeiter und Bauern nicht von der kapitalistischen Regierung Japans, sondern vom internationalen Proletariat.

Genossen! Arbeiter und Arbeiterinnen des Bundes Sozialistischer Sowjetrepubliken!

Ihr alle erinnert Euch noch der großen Katastrophe, die in den Hungerjahren 1920—1921 über Euer von der kapitalistischen Knechtschaft befreites Land hereingebrochen ist. Die russische Sowjetregierung tat zu jener Zeit alles, was ihr möglich war, um der von der Mißernte betroffenen Bevölkerung sofortige Hilfe zu erweisen.

Neben diesen Maßnahmen der Sowjetregierung stand auch das internationale Proletariat nicht an letzter Stelle. Es war bestrebt, die Lage seiner notleidenden Brüder in Sowjetrußland nach Kräften zu lindern. Euch allen ist bekannt, daß der Aufruf des Komitees der Internationalen Arbeiterhilfe in allen Ländern der Welt bei den Arbeitermassen einen regen Widerhall hervorgerufen hat, und daß diese den hungernden Arbeiter- und Bauernmassen Sowjetrußlands mit Lebensmitteln und Maschinen zu Hilfe eilten. Das Komitee der Internationalen Arbeiterhilfe organisiert jetzt in allen Ländern Europas und Amerikas Abteilungen zur Sammlung von Mitteln, um den Arbeitern und Bauern Japans unverzügliche und unmittelbare Hilfe zu leisten. Die rohe Weigerung der japanischen Regierung, das erste Schiff, das mit Lebensmitteln an der japanischen Küste eintraf, den sowjetrussischen Dampfer „Lenin", zuzulassen, darf Euch nicht aus der Fassung bringen, darf Eure Energie in der Hilfsaktion zum Besten der Werktätigen Japans nicht verringern. Die Internationale Arbeiterhilfe wird Wege finden, um die Geld- und Naturalspenden, die von dem kärglichen Arbeitslohn der Arbeitermassen der ganzen Welt gesammelt werden, unmittelbar in die Hände des japanischen Proletariats und der ärmsten Bauernschaft zu leiten. Das Stück Brot, das der Arbeiter des Bundes Sozialistischer Sowjetrepubliken sich und seiner Familie entzieht, um seinen notleidenden Brüdern in Japan zu helfen, wird nicht in die Hände der japanischen Bourgeoisie und der japanischen Regierung fallen.

Das Komitee der Internationalen Arbeiterhilfe für die Werktätigen Japans auf dem Gebiete des Bundes Sozialistischer Sowjetrepubliken ist fest überzeugt, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen des Sowjetbundes als erste diesem Aufruf Folge leisten werden. Sendet dem hungernden und unter dem kapitalistischen Joch leidenden Proletariat Japans auf dem Wege Eurer Gewerkschaftsorganisationen Hilfe!

Es lebe die internationale Arbeitersolidarität! Es lebe die internationale Hilfe für die Werktätigen Japans!"

Weisser Schrecken

Die Verfolgungen in Bulgarien dauern an!

Wir veröffentlichen nachfolgend einen Brief, den das Auslands-Hilfskomitee für die Opfer des weißen Terrors am 20. Oktober an das **Zentralbüro des Internationalen Roten Kreuzes** in Bern richtete.

Die Redaktion.

Verehrte Herren!

** Eine Gruppe Verschwörer — Militaristen und Faschisten — stürzte am 9. Juni die Bauernregierung in Bulgarien, ergriff die Macht und errichtete das Regime des blutigen Terrors und der Rechtlosigkeit im Lande. Nachdem die Regierung Zankows den größten Teil der Führer und eine große Anzahl der Mitglieder des Bauernbundes, der größten politischen Organisation in Bulgraien, einsperrte und die meisten von ihnen erschiessen ließ, richtet sie ihre Waffe gegen die andere große politische Organisation des arbeitenden Volkes, die Kommunistische Partei Bulgariens. In der Nacht vom 11. zum 12. September d. J. wurden alle der Regierung als tätige Kommunisten bekannten Arbeiter, Bauern, Lehrer, Rechtsanwälte, Journalisten, Geistliche und Aerzte verhaftet. Mehr als 2000 Personen wurden in dieser Nacht aus den Betten geholt und in den Gefängnissen eingesperrt. Die Volkshäuser sowie die Büroräume der Partei, der Gewerkschaften, der Arbeiter-Genossenschaften wurden geschlossen und jede Tätigkeit verboten. Das reizte die Gemüter bis zur Siedehitze, und in vielen Orten kam diese Unzufriedenheit in offenen Volksaufständen gegen die terroristische Regierung zum Ausbruch. Diese Bewegung verbreitete sich bald über das ganze Land.

Der Regierung Zankows gelang es aber, den Volksaufstand mit Hilfe der gut bewaffneten Truppen, Freiwilligen-Banden aus Reserveoffizieren und den zehntausend in Bulgarien weilenden russischen konterrevolutionären Offizieren der Wrangelarmee nach zweiwöchigem Kampfe gegen die unbewaffnete Bevölkerung niederzuschlagen. Sie begnügte sich aber nicht nur mit der Niederschlagung der Volksbewegung, sondern unternahm Strafexpeditionen nach allen Orten, in denen sich die Bevölkerung zur Verteidigung seiner Freiheiten und seiner Rechte erhob. Die Greueltaten, die von den weißen Banden bei diesem Racheakt begangen wurden, spotten jeder Beschreibung. Die Geschichte der Menschheit selbst in den dunkelsten Zeiten des Mittelalters kennt solche Greueltaten nicht. Städte und Dörfer wurden, **nachdem die Aufständischen diese geräumt hatten,** von den weißen Banden mit Artillerie beschossen und bis auf die Grundpfeiler eingeäschert und zertrümmert. Hunderte von Frauen und Kindern der Aufständischen, die Verletzten, die sich in den Lazaretten befanden, **sogar die Aerzte und Samariter-Schwestern wurden niedergemetzelt.**

Täglich kommen weitere Nachrichten über neue Gewalttaten und Metzeleien. Die Presse schätzt die Zahl der Ermordeten auf 5000. Es muß bemerkt werden, daß in den Kämpfen nicht mehr als 500 gefallen sind; alle anderen sind durch die Strafexpeditionen der Regierung niedergemetzelt worden. Ferner muß betont werden, **daß die Aufständischen keinen Racheakt und keine einzige Greueltat begangen haben. Die Verletzten und die Gefangenen der Gegner wurden menschlich behandelt und gepflegt. Sogar das Leben der gefangenen Wrangeloffiziere wurde barmherzig geschont.**

Verehrte Herren!

Indem wir Ihnen diese Tatsachen mitteilen, erheben wir vor dem Internationalen Roten Kreuz und vor der öffentlichen Meinung in den zivilisierten Ländern scharfen Protest gegen diese Greueltaten der bulgarischen Regierung und bitten um Intervention und um eine eventuelle Untersuchung, damit das weitere Blutvergießen aufhört.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Das Auslandshilfskomitee für die Opfer des weißen Terrors in Bulgarien.

gez.: Kodew. Awranow. Najdenow.

Berichtigung.

In dem Artikel „Die Gewerkschaften, die Betriebskomitees und die Arbeiterräte" von G. Sinowjew in Nr. 167 der Inprekorr heißt es auf Seite 1420 im ersten Absatz „Die Betriebsräte erreichen eine ungeheure Verbreitung über ganz Rußland". Wie schon aus dem Zusammenhang hervorgeht, muß es natürlich richtig heißen: „. . . über ganz Deutschland".

Redaktion der Inprekorr

An unsere Leser in Deutschland!

Für die am 3. November beginnende Bezugswoche betrug die Bezugsgebühr für die „Internationale Presse-Korrespondenz"

für die Wochenausgabe . . . . . 20 Milliarden
für die 3mal wöchentlich erscheinende Ausgabe 24 Milliarden

Wir bitten um sofortige Uebersendung dieser Beträge.

Die Geschäftsleitung der „Inprekorr"

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, GmbH., Berlin SW. 48.